

Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA hat Auswirkungen auf die ganze Welt

10 Juli 2022 06:45 Uhr

Indem das Oberste Gericht der USA den Erlass von Umweltvorschriften auf Bundesebene ausgehebelt hat, untergräbt es weltweit das Vertrauen in die Verlässlichkeit von Washingtons Klimapolitik. Dies ist außerordentlich peinlich für die USA als globalem Vorreiter und unterstreicht die Notwendigkeit einer demokratisierten Führung der Weltgemeinschaft.



Quelle: Gettyimages.ru © RUSS ROHDE

Oberster Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika in Washington, D.C.

Ein Kommentar von Bradley Blankenship

Der Oberste Gerichtshof der USA hat kürzlich eine Reihe von Urteilen erlassen, mit denen die Rechtsstaatlichkeit in den USA ernsthaft untergraben wird. So hat das Gericht Frauen auf Bundesebene das Recht auf Abtreibung entzogen, wohingegen es andere Urteile zu Themen wie Waffenkontrolle und Säkularismus gefällt hat, die die soziale Entwicklung des Landes behindern.

All dies fügt der US-Zivilgesellschaft ernsthaften Schaden zu. Ein weiteres Urteil des Obersten Gerichtshofs zum Klimawandel wird weit darüber hinausgehend von globaler Tragweite sein. Am 30. Juni entschied der Oberste Gerichtshof, dass die US-Umweltschutzbehörde (EPA) nicht befugt ist, die CO₂-Emissionen für bestehende Kraftwerke allgemein zu begrenzen. Dies ist ein schwerer Schlag im globalen Kampf gegen den Klimawandel. Das Urteil wird die Behörden in den USA herausfordern und sich auf Themen wie die Lebensmittelsicherheit und Arbeitnehmerrechte auswirken.

Die Begründung für diese Entscheidung, die in einer Stellungnahme vom Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes [John Roberts](#) verfasst wurde, lautet, dass die Öffentlichkeit und ihre Vertreter das letzte Wort über Verwaltungsbefugnisse haben sollten. Roberts schrieb, dass eine Begrenzung von CO₂-Emissionen bis zu dem Punkt, an dem ein nationaler Ausstieg aus der Kohle erzwungen wird, "vernünftig" sein kann, aber dass "es nicht geschickt ist, dass der US-Kongress der EPA die Befugnis erteilt hat, ein solches Regulierungssystem selbst zu verabschieden". Weiter schrieb er: "Eine Entscheidung von solcher Größenordnung und Tragweite liegt beim Kongress selbst oder einer Bundesagentur, die gemäß einer klaren Vorgabe dieses repräsentativen Gremiums handelt."

Das Überraschendste daran, dass der Oberste Gerichtshof diesen Fall überhaupt erst aufgegriffen hat, ist, dass es keine aktuellen landesweit geltenden Verordnungen der EPA gibt. Im Mittelpunkt des Rechtsstreits stand eine Interpretation des Gesetzes über saubere Luft von 1963, das auf seinem Höhepunkt unter der Regierung des ehemaligen Präsidenten Barack Obama nur dahingehend interpretiert worden war, landesweite Vorschriften einzuführen. Unter der Regierung von Präsident Donald Trump wurde es weiter auf einzelne Kraftwerke eingengt.

Das heißt, der Oberste Gerichtshof hat eine Entscheidung über eine hypothetische Verordnung der EPA gefällt, die von Präsident Joe Biden und seinem Team diskutiert worden war, was einen ernsthaften Bruch mit der Tradition dieses Gerichts darstellt.

Der Oberste Gerichtshof trifft in der Regel nur Entscheidungen zu bestehenden Angelegenheiten und überlässt politische Diskussionen und hypothetische Szenarien dem Kongress. Dieses Urteil entzieht den anderen

Regierungszweigen ihre Verwaltungsbefugnis und untergräbt die exekutive Verwaltungsbefugnis und das Mandat der Legislative, das im Rahmen des Gesetzes über die nationale Umweltpolitik von 1969 erteilt wurde. Wie bereits erwähnt, hat dies nun Auswirkungen auf alle Bundesbehörden, besonders die US-Behörde für Lebens- und Arzneimittel (FDA) und die Behörde zur Durchsetzung der Bundesgesetze zu Arbeitssicherheit (OSHA).

Dies sollte die USA und ihre Bürger absolut in Alarmbereitschaft versetzen und wird für viele Gemeinschaften, insbesondere jene im Niedriglohnbereich, eine Katastrophe einläuten. Dieser Entscheid wird zweifellos die Tür öffnen zu einem Abbau der Sicherheitsstandards bei Lebensmitteln, bei den Vorschriften zur Arbeitssicherheit und des Schutzes personenbezogener Daten. Der Schaden, der hier gewöhnlichen Menschen zugefügt werden kann, ist praktisch grenzenlos.

Im konkreten Fall stellt sich zudem ernsthaft die Frage, wie die USA noch als zuverlässiger Partner im internationalen Kampf gegen den Klimawandel betrachtet werden können, wenn ihre Regierung nicht die Macht hat, Emissionen zu begrenzen. Tatsächlich sind die USA bei der Umsetzung entsprechender Vorschriften oder beim Übergang in eine grüne Wirtschaft bereits weit hinter vergleichbaren Ländern zurückgeblieben. Dies jedoch ist ein Alptraumszenario.

Beispielsweise hat die derzeitige Regierung von Präsident Joe Biden den Klimawandel als integrales Element in diplomatischen Gesprächen mit Ländern auf der ganzen Welt genutzt. Das ist verständlich, weil es wahrscheinlich das folgenreichste Thema unserer Zeit ist, zumindest für jedes einzelne Land außer den USA. Wie kann die US-Regierung aber nach dieser Entscheidung des Obersten Gerichtshofs noch als relevanter Akteur auftreten?

Es ist nicht das erste Mal, dass etwas Derartiges passiert. Washingtons Diplomaten wurden bereits ernsthaft hintergangen, nachdem der Kongress die Klimaagenda von Joe Biden nicht verabschieden wollte. Nun brach auch der letzte verbliebene Zweig der US-Regierung mit einer Klimapolitik des absoluten Minimums weg. Das ist außerordentlich peinlich für die USA als globalem Vorreiter und unterstreicht die Notwendigkeit einer demokratisierten globalen Führung.

Als eines der weltweit führenden Länder beim Ausstoß von Emissionen haben die USA eine besondere Pflicht gegenüber diesem Planeten, ihre Emissionen einzudämmen. Die Entscheidung des Obersten Gerichts wird auf der ganzen Welt zu spüren sein – nicht nur in Washington. Ein derart unverantwortliches Urteil muss Konsequenzen haben. Die Weltgemeinschaft muss in der Klimafrage in Zukunft unabhängig von Washington handeln.

Übersetzt aus dem [Englischen](#)

Bradley Blankenship ist ein in Prag lebender amerikanischer Journalist, Kolumnist und politischer Kommentator. Er hat eine Kolumne bei CGTN und ist freiberuflicher Reporter für internationale Nachrichtenagenturen, darunter die Nachrichtenagentur Xinhua. Er twittert auf [@BradBlank_](#)

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.